Politik und Gesellschaft = Politique et société

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin.ch : Fachzeitschrift und Verbandsinformationen von Electrosuisse, VSE = revue spécialisée et informations des associations Electrosuisse, AES**

Band (Jahr): **94 (2003)**

Heft 4

PDF erstellt am: **30.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Kein dringender Handlungsbedarf bei der Stromversorgung?

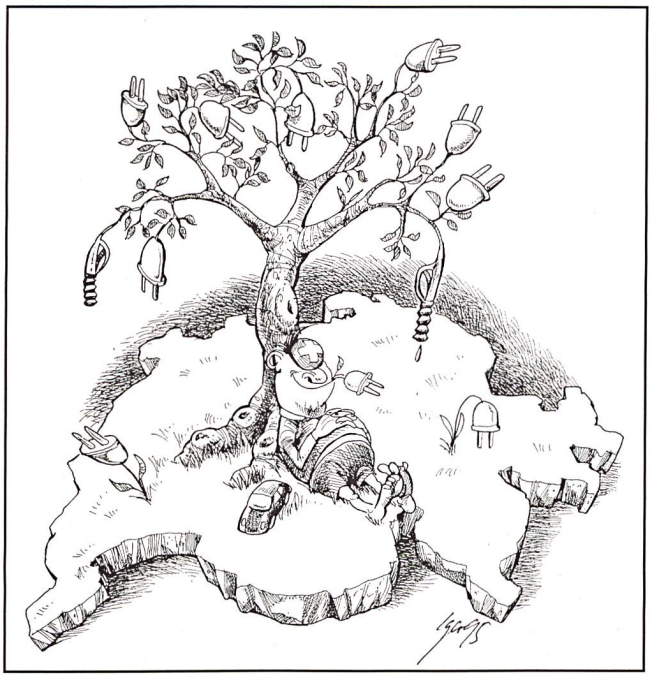
(efch) Neben anderen Schwerpunktthemen wurden an der Jahrespressekonferenz des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) vom 8. Januar 2003 auch die Zukunftsperspektiven nach dem Volks-Nein zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) vom 22. September 2002 gezogen.

Rolf Zimmermann, geschäftsführender Sekretär des SGB, hob besonders hervor, dass die Ablehnung des EMG als Grundsatzvotum des Schweizer Volkes zur Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik der 90er-Jahre und ein klares Bekenntnis zu einem starken Service Public sei. Der fast unerwartete Sieg des SGB gegen eine siegesgewisse Landesregierung und eine geschlossene Stromwirtschaft, die mit der Economiesuisse eine millionenschwere Ja-Kampagne geführt hat, sei unter anderem auf die von den Befürwortern gesuchte Grundsatzdebatte über die Liberalisierung zu verdanken. Eine Mehrheit der Bevölkerung sei gegen die Marktöffnung und komplizierte Konstrukte wie das EMG und ziehe das einfache und gut funktionierende aktuelle System vor.

Dank einer sicheren und effizienten Stromversorgung im bisherigen System und ohne massiven Druck von Europa besteht für den SGB kein dringlicher Handlungsbedarf und er will deshalb selbst kein detailliertes neues Gesetz vorlegen. Vielmehr signalisiert der SGB Gesprächsbereitschaft und formuliert Bedingungen an ein mögliches neues Gesetz: Insbesondere fordert er ein nationales Netz, das als natürliches Monopol in staatliche Hand gehört. Dieses Netz umfasst alle Überlandleitungen, allenfalls den gesamten Starkstrombereich. Die Versorgung aller Endverbraucher mit Strom wäre durch regionale, als Gebietsmonopole organisierte Verteilwerke sicherzustellen. Zur Erreichung optimaler energie- und betriebswirtschaftlicher Dimensionen und zur Sicherstellung von Energieeffizienz und Versorgung mit Ökostrom schlägt der SGB einen Zusammenschluss kleinerer Werke in Pools vor. Neben einer garantierten demokratischen Kontrolle der Monopole fordert der SGB auch, dass Preis- und Herkunftsunterschiede des Stroms ausgeglichen werden. Als Ziel formuliert er vom Preisüberwacher kontrollierte, stabil tiefe Preise auf Kostenbasis.

Für ein neues Versorgungsgesetz seien aber noch nicht alle Entscheidungsgrundlagen vorhanden, führte Zimmermann weiter aus. Es fehle insbesondere an detaillierten Kenntnissen über Preismechanismen, Produktion und Herkunft von Strom sowie an Modellen, die die Versorgungspflicht des Monopols mit Energieeffizienz, Quoten dezentraler Produktion und Versorgungssicherheit zu stabilen Preisen verbindet.

Das Grundsatzvotum für die öffentlichen Dienste vom 22. September 2002 veranlasst den SGB, sich vermehrt und gestärkt in den kommenden Infrastrukturdebatten zu engagieren. Er will deshalb die Liberalisierungsprojekte bei der Post, der Bahn und auf der letzten Meile von Swisscom sowie zu einem späteren Zeitpunkt in den Bereichen Gas und Wasser bekämpfen.



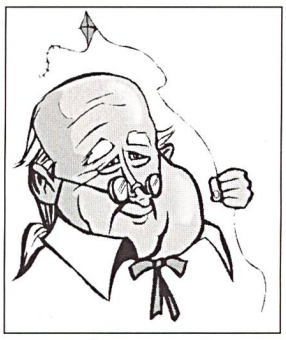
Kein Handlungsbedarf bei der Stromversorgung?

Energiepolitische Jahresziele 2003

(uv) Der Bundesrat hat die Jahresziele 2003 der Departemente und der Bundeskanzlei zur Kenntnis genommen. Diese konkretisieren einerseits die Ziele des Bundesrats, andererseits umfassen sie auch eigene departementale Zielsetzungen und Massnahmen.

Hier die energiepolitischen Ziele des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) für das Jahr 2003. Die Umsetzung

Der Blitzableiter

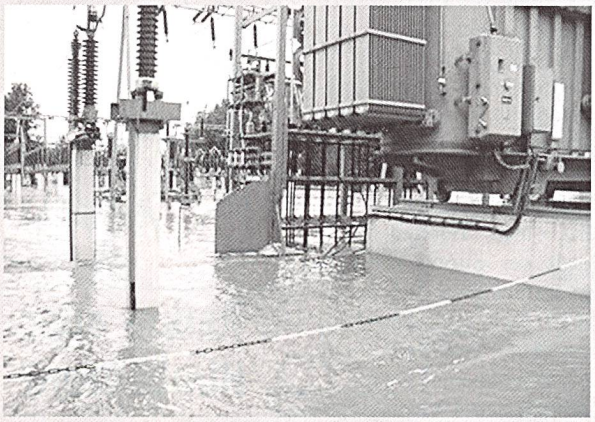


Radon oder Himbeeren?

(ww) Es ist erschütternd, was es so alles an Gefahren für unsere Gesundheit auf dem «Markt» gibt: Salmonellen, Legionellen, Nitrate, Pestizide, Schwermetalle, Furane, Antibiotika, genmanipulierte Gemüse, BSE usw. verderben uns immer mehr den Appetit. Wie beim «Waldsterben» sind jedoch die Aufregung um alle möglichen Gefahren und der Aufwand zu ihrer Beseitigung umgekehrt proportional zu den Gefahren selbst. Auch wenn es der Intuition widerspricht: Die menschgemachten Gefahren sind nicht grösser als die natürlichen. Die Strahlung von Kernkraftwerken und Atomunfällen etwa bewirkt demnach je nach Informationsquelle eine Reduktion der Lebenserwartung von 0,04 bis 2 Tagen – natürliches Radon aus dem Boden hingegen verkürzt des Leben um rund 35 Tage. Um sich gegen ihre Feinde zu wehren, produzieren viele Pflanzen selber Chemikalien. Von diesen natürlichen Pestiziden nehmen wir 10000-mal mehr zu uns als von den künstlich hergestellten. Eine der ärgsten «Giftmischerinnen» ist die Himbeere: Mit modernen Analyseverfahren kann man in ihr mehr als hundert natürlich produzierte Chemikalien nachweisen.

B. Frankl

50 Mio. Euro Hochwasserschäden bei deutscher Stromwirtschaft



Die Fluten haben an rund 10 000 Schaltanlagen und Transformatoren Schäden verursacht.

Das Hochwasser im August 2002 verursachte Schäden von mehr als 50 Millionen Euro bei der Stromwirtschaft in Ostdeutschland. Dies ermittelte der deutsche Verband der Netzbetreiber (VDN) beim Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW).

Zudem seien rund 40 000 Gewerbe- und Industriekunden sowie 290 000 Haushalte während der Flutkatastrophe von Störungen der Stromversorgung betroffen gewesen. Gewerbebetriebe und Industrieanlagen seien durchschnittlich zwei Tage, Haushalte rund drei Tage ohne Strom gewesen.

Etwa die Hälfte der Sachschäden sei im Bereich der Stromnetze entstanden. Die Fluten haben an rund 4500 Kilometern des Stromnetzes sowie an rund 10000 Schaltanlagen und Transformatoren Schäden verursacht. Das Wasser habe mehr als 45000 Zähler unbrauchbar gemacht. Acht Kraftwerke sind zeitweise vom Netz genommen worden.

einer marktgerechten und ökologisch ausgerichteten Energiepolitik wird weiter vorangetrieben:

- Je nach Ergebnis der laufenden Abklärungen sind neue Vorschläge für die Ordnung der Elektrizitäts- und Gasmärkte ausgearbeitet worden
- Hochradioaktive Abfälle: Die Überprüfung des Entsorgungsnachweises ist eingeleitet worden
- Schwach- und mittelradioaktive Abfälle: Der Entwurf eines Konzeptes für weiteres Vorgehen liegt vor
- Kernenergie-Haftpflichtgesetz: Die Vernehmlassung ist durchgeführt
- Der Bericht über die Sicherheit von Atomanlagen ist vom Bundesrat verabschiedet.

Objectifs de la politique énergétique 2003

Le Conseil fédéral a pris connaissance des objectifs 2003 des départements et de la Chancellerie fédérale. Si ces objectifs concrétisent la planification gouvernementale, ils précisent aussi des buts et des mesures propres aux départements.

Les objectifs énergétiques du Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication (DETEC) pour l'année 2003: Poursuite de la mise en œuvre d'une politique énergétique adaptée au marché et aux impératifs écologiques:

- En fonction des résultats des consultations en cours, de nouvelles propositions pour l'organisation des marchés de l'électricité et du gaz sont élaborées
- La procédure d'examen concernant la démonstration de l'évacuation des déchets hautement radioactifs est lancée
- Le projet relatif à la suite des travaux relatifs aux déchets faiblement et moyennement radioactifs est disponible
- La consultation relative à la loi sur la responsabilité civile en matière nucléaire est effectuée
- Le rapport sur la sécurité des installations nucléaires est adopté par le Conseil fédéral.

Qualité de l'approvisionnement de base en Suisse

(are) A l'heure actuelle, l'organisation et la réglementation générale de la politique suisse en matière de desserte de base correspondent, pour l'essentiel, à celle des pays européens. Dans l'ensemble, le niveau de la desserte de base en Suisse soutient largement la comparaison avec les autres pays européens. Néanmoins, comme dans d'autres pays, il fait l'objet d'une réglementation hétérogène et qui permet parfois diverses interprétations. Telles sont les conclusions d'une étude effectuée à la demande de la Confédération sur la desserte de base dans les secteurs de l'électricité, de la poste, des télécommunications et des transports publics dans quelques pays européens.

L'étude analyse la façon dont huit pays européens garantissent dans toutes les régions de leur territoire les services de base dans les secteurs de l'électricité, des transports publics, des télécommunications et de la poste. Elle met en évidence des différences de prix et de qualité ainsi que dans les systèmes de financement des prestations non rentables. Selon cette étude comparative, l'organisation et la réglementation de la desserte de base de notre pays correspondent pour l'essentiel à celle des pays européens.

A l'heure actuelle, cette situation se vérifie en particulier dans les domaines de la poste et des télécommunications. Depuis le rejet de la loi sur le marché de l'électricité, elle est toutefois moins claire et moins transparente. Dans le secteur des transports publics, la Suisse dispose d'une offre de qualité et les différences de prix entre les régions sont limitées.

Comme la Suisse, la plupart des pays du centre et du nord de l'Europe financent la desserte de base par des subventions croisées (à l'exception des transports publics financés, pour ainsi dire exclusivement par des recettes fiscales). La création d'un fonds, solution adoptée en Italie et en France, n'est pour le moment envisageable en Suisse qu'à titre subsidiaire dans le secteur des télécommunications. Cette étude a pour objectif d'encourager une amélioration des réglementations suisses, par ailleurs souvent progressistes en comparaison avec l'étranger, et présente une documentation très complète sur ce thème. Elle a été effectuée par le bureau Ecoplan sur mandat de l'Office fédéral du développement territorial (ARE), du Secrétariat d'Etat à l'économie (seco) et du Secrétariat général du DETEC.

Internationales Jahr des Wassers 2003

«Wasser ist wertvoll», «Wasser ist unberechenbar», «Wasser kennt keine Grenzen»: Dies sind die Leitthemen zum Internationalen Jahr des Wassers in der Schweiz. Auf die Bedeutung der Ressource Wasser aufmerksam machen drei Bundesstellen mit einem Aktionsprogramm: die Bundesämter für Wasser und Geologie (BWG) und für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) sowie die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit. Mit einem Wasserfest auf dem Bundesplatz wird das «Wasserjahr» am 21. März lanciert.

Belastung der deutschen Strompreise verfünffacht

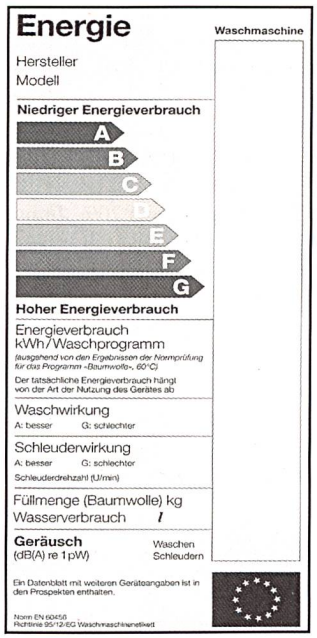
(vdew) Steuern und Abgaben auf Strom sind in Deutschland deutlich gestiegen: Die staatlichen Belastungen der Stromkunden werden 2003 – ohne Berücksichtigung der Mehrwertsteuer – 12,6 Milliarden (Mrd.) Euro erreichen. Im Vergleich zu den 2,3 Mrd. Euro aus dem Jahr 1998 werden die Stromkunden 2003 somit mehr als fünfmal so viel zahlen müssen.

Den grössten Anteil an den staatlichen Belastungen habe die Stromsteuer. Für 2003 werde mit einer Gesamtbelastung von rund 7,7 Mrd. Euro gerechnet. Im Vergleich zu 1999 haben sich die Einnahmen des Staates aus der Stromsteuer fast vervierfacht. Die Abgabe nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz werde von rund 0,3 Mrd. Euro 1998 auf voraussichtlich 2,1 Mrd. Euro 2003 steigen.

Energiepass für Gebäude?

Ende 2002 wurde erstmals ein Entwurf für den von der EU geforderten «Energiepass für Gebäude» vorgestellt. Dieser soll laut EU-Gesetzesblatt über den zu erwartenden Energieverbrauch von Neu- und Altbauten informieren. Jedes Gebäude soll künftig ähnlich der Klassifizierung bei Kühlschränken einer «Energieeffizienzklasse» zugeordnet werden. Die Einstufung werde nach dem Primärenergiebedarf pro m² für Raumwärme, Warmwasser und Strom vorgenommen. Separat werden jedoch auch der Wärmeschutz der Gebäudehülle sowie die Anlagentechnik bewertet.

Umstritten sind insbesondere die Anzahl der Effizienzklassen und die Klassengrenzen. Beim vorgelegten Entwurf werden neue Wohngebäude meist nur der Effizienzklasse D zugeordnet werden. Auch bei Altbauten gibt es noch Diskussionsbedarf. Altbauten aus den 60er-Jahren würden in die Klassen G bis I fallen. Bei Modernisierung würden sie aber auch nur nach Klasse E aufrücken. Insbesondere der Wohnungswirtschaft ist das ein Dorn im Auge: Diese geringe Aufwertung stelle keinen Anreiz dar, in die Energieeinsparung von Altbauten zu investieren. Aus gesamtökologischer Sicht sei es besser, Altbauten zu sanieren als sie abzureissen oder weit draussen auf der grünen Wiese Passivhäuser zu bauen.



Soll jedes Gebäude künftig eine solche Energieetikette erhalten?

Langsamer Abbau der Differenzen im Kernenergiegesetz

(pd) Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) des Nationalrats beantragte ihrem Rat, beim Kernenergiegesetz mehrheitlich dem Ständerat zuzustimmen und Differenzen auszuräumen.

Eurelectric kritisiert Überwälzung der Netzkosten bei KWK

(ee) Der Dachverband der europäischen Elektrizitätswirtschaft Union of the Electricity Industry–Eurelectric begrüsst den Vorschlag der Europäi-

Trendentwicklungen der Energiepolitik

(bk) Der Bericht des Perspektivstabs der Bundesverwaltung «Herausforderungen 2003–2007 – Trendentwicklungen und mögliche Zukunftsthemen für die Bundespolitik» dient dem Bundesrat und dem Parlament als Planungsgrundlage. Er wird aber auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, damit sich alle politisch Interessierten eine Meinung zu den künftigen Herausforderungen bilden können. Die vielen Einzelentscheide und Abstimmungsfragen können damit in einem grösseren Zusammenhang gesehen werden. Hier eine Zusammenfassung der wichtigsten energiepolitischen Ergebnisse.

Mit der beschlossenen Energiepolitik (Energiegesetz, EnergieSchweiz, CO_2-Gesetz) dürfte der Endenergieverbrauch je nach Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren stabilisiert oder leicht gesenkt werden können. In Bezug auf die Entwicklung des Treibstoffverbrauchs bestehen aber Unsicherheiten. Der Elektrizitätsverbrauch wird, ebenfalls je nach Wirtschaftswachstum, bis 2010 um 10 bis 20% zunehmen.Langfristig würde bei einer Fortführung der heutigen Energiepolitik der Verbrauch fossiler Energieträger bis weit in die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts nur leicht unter dem heutigen Niveau liegen.

Um die Ziele von EnergieSchweiz zu erreichen, besteht zusätzlicher Handlungsbedarf beim Elektrizitäts- und Treibstoffverbrauch und bei den erneuerbaren Energien. Das Energiegesetz ermöglicht keine breit wirkenden Lenkungsabgaben,was die Zielerreichung in Frage stellen könnte. Demgegenüber stünde mit der CO_2-Abgabe, die an die Bevölkerung und an die Wirtschaft rückerstattet wird, ein wirksames marktwirtschaftliches Instrument für die Erreichung der energiepolitischen Ziele zur Verfügung. Negative Begleiterscheinungen des heutigen Energieverbrauchs (Luftbelastung, CO_2-Emissionen, Versorgungs- und Unfallrisiken) würden im Rahmen der bisherigen Energiepolitik auf hohem Niveau bestehen bleiben. Deshalb sind rechtzeitig Vorschläge zu weitergehenden Reduktionszielen für die Zeit nach 2010 zu erarbeiten. Zu prüfen wird auch sein, wie im europäischen Umfeld mit erhöhtem Wettbewerb die Stellung der einheimischen Wasserkraftwerke und der übrigen erneuerbaren Energien gestärkt werden kann. Beim Weiterbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke stellen sich konfliktreiche Fragen, zum Beispiel zur zulässigen Nutzungsdauer, Betriebssicherheit, Haftpflicht bei Unfällen oder der Entsorgung radioaktiver Abfälle. Der Sicherheit der Kernkraftwerke und der Frage einer unabhängigen Aufsichtsbehörde wird künftig noch höhere Bedeutung zukommen.

Entsorgungsnachweis für hochradioaktive Abfälle

Untersuchungsgebiet im Zürcher Weinland: Luftbild mit Blickrichtung Rhein und Schaffhausen.

(na) Die Nagra – Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle – hat Ende 2002 den Entsorgungsnachweis eingereicht. Die umfangreiche Dokumentation wurde den Bundesbehörden übergeben. Die Berichte zeigen auf, wie und wo abgebrannte Brennelemente (BE), hochaktive (HAA) und langlebige mittelaktive Abfälle (LMA) in der Schweiz sicher entsorgt werden könnten. Die Sicherheitsbehörden des Bundes werden die Unterlagen nun überprüfen, sodass der Bundesrat voraussichtlich im Jahre 2006 das weitere Vorgehen zur Entsorgung dieser Abfälle festlegen kann. Die Festlegung eines Standortes bleibt einem späteren Rahmenbewilligungsverfahren vorbehalten.

Der Entsorgungsnachweis beruht auf dem Projekt Opalinuston, welches nach dem Wirtgestein – d.h. dem Gestein zur Aufnahme des Tiefenlagers – benannt wurde. Der Opalinuston und das Untersuchungsgebiet im Zürcher Weinland wurden in einem breit angelegten, systematischen und dokumentierten Auswahlverfahren aufgrund von Sicherheitskriterien gewählt. Das Verfahren führte auch zu mehreren Reserveoptionen. Die Resultate des Projekts zeigen, dass sich der Opalinuston im untersuchten Gebiet für ein Tiefenlager für hochradioaktive Abfälle eignet und die festgelegten Schutzziele eingehalten werden können.

Im Bulletin SEV/VSE Nr. 8/2003 ist eine ausführliche Zusammenfassung zum Projekt Opalinuston vorgesehen.

schen Kommission, einen harmonisierten Rahmen zur Definition von Elektrizität aus Kraftwärmekopplung zu schaffen, was einen wichtigen Schritt zur Definition des KWK-Stroms und zur Abgrenzung des «echten» KWK-Stroms gegenüber den anderen erzeugten Energiearten darstellt. In einer Stellungnahme begrüsst der Dachverband, der die Elektrizitätswirtschaft auf gesamteuropäischer Ebene vertritt, auch die Verwendung der Protermo-Methode bei der Definition, spricht sich aber gegen den Vorschlag einer 50-MW-Obergrenze aus und sieht keinen Grund, warum die anderen Netzbenutzer die Kosten des Netzanschlusses von KWK-Anlagen tragen sollen. Eurelectric betont, dass alle Bestimmungen zwischen den Mitgliedstaaten harmonisiert werden sollten, um Verzerrungen im EU-Energiemarkt so weit wie möglich auszuschliessen.

Deutsche Windenergie steigt auf 12 000 MW

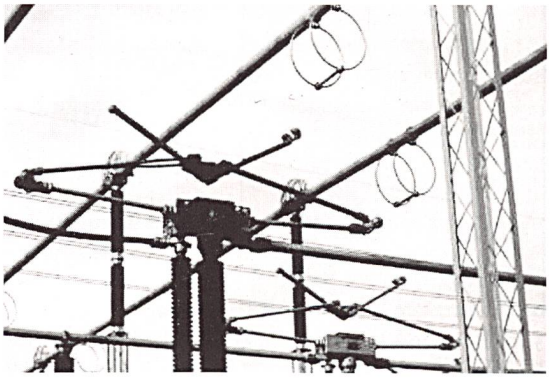
(e) Die Gesamtleistung deutscher Windenergieanlagen ist im vergangenen Jahr um 37% auf 12 000 Megawatt (MW) gestiegen. Mit dieser Leistung könne 4,7% des Nettostromverbrauches in Deutschland abgedeckt werden, erklärte der Bundesverband WindEnergie. Damit sei zum ersten Mal der Anteil von Wasserkraft in Höhe von 4% übertroffen worden. Allerdings handle es sich bei der genannten Leistung um eine theoretische Grösse. Der tatsächliche Wert hänge von der jeweiligen Windmenge und dem Nutzungsgrad ab. Aussagen zur reellen Einspeisungsmenge könnten erst Ende des Jahres getroffen werden. In der deutschen Windkraftbranche wurden im vergangenen Jahr 2328 Windenergieanlagen (WEA) mit 3247 MW Gesamtleistung neu installiert.

Weitere Reformen auf deutschem Energiemarkt gefordert

(a) Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat sich mit Blick auf die Liberalisierung des deutschen Energiemarktes für weitere Reformen ausgesprochen. Zwar habe Deutschland als eines ersten von der Internationalen Energieagentur (IEA) beobachteten Länder seine Strom- und Gasmärkte auf der Einzelhandelsstufe «vollständig liberalisiert». Es gebe aber auch Probleme wie zu hohe Zugangsgebühren zum Stromnetz. Auch beim Gas gebe es «etwas zu viel Konzentration». Die IEA, die von den OECD-Ländern gegründet wurde, sieht ferner Probleme in der deutschen Besonderheit, den Markt statt durch eine Regulierungsbehörde durch freiwillige Vereinbarungen zu liberalisieren. Eine Möglichkeit zur Verbesserung sieht die OECD darin, dass die Zugangsregeln von einer Regulierungsstelle festgelegt würden oder sich der Staat an den Verbändevereinbarungen beteiligt und diese rechtsverbindlichen Charakter erhielten.

Grossbritannien als Vorbild bei Energiemarktliberalisierung?

(gs) Eine Studie zeigt, dass die Energiemarktliberalisierung in Grossbritannien mittelfristig die Energiepreise markant senkte sowie Arbeitsproduktivität, Beschäftigung, Technologie und umwelt- wie sozialpolitische Parameter positiv beeinflusste. Zwar liefen die ersten Jahre der Privatisierung nicht wie von der Regierung gewünscht, aber aus den Fehlern hat man gelernt. Die Strompreise für die Wirtschaft fielen von 1990–1999 um 26%, bei privaten Haushalten waren es 20%. Die Gaspreise für die Industrie sanken im gleichen Zeitraum um 45, für die Haushalte um ebenfalls 20%. In nur fünf Jahren brachte die Liberalisierung eine Verringerung



Teurer Zugang zum Stromnetz (Bild EON).

von CO_2 von 30%, bei SO_2 um 45% und bei NO_x um 43%. Was ist der Grund? In Grossbritannien wird ein striktes Unbundling realisiert, es etablierten sich Pools als Handelsplätze von Erzeugern und Lieferanten.

Wiedererwägung der Option Kernenergie in Italien

(ef) Italiens Regierung schickt einen Gesetzesentwurf in die parlamentarische Beratung, der es italienischen Unternehmen erlauben würde, sich an ausländischen Kernenergieunternehmen zu beteiligen. Die Vorlage knüpft an frühere Anläufe zur Wiedererwägung der Option Kernenergie in Italien nach über zehnjährigem Stillstand an.

Siebtes chinesisches Kernkraftwerk am Netz

(sva) Das chinesische Kernkraftwerk Qinshan-III-1 gab kürzlich erstmals Strom ans Netz ab. Die Zwillingsanlage Qinshan-III-2 soll im Herbst 2003 den Betrieb aufnehmen. Am Standort Qinshan an Chinas Ostküste in der Nähe von Schanghai steht auch der Block Qinshan-II-2 in Bau. Dessen Inbetriebsetzung ist ebenfalls im Jahr 2003 vorgesehen.

Themenschwerpunkte im EU-Energiebereich

Griechenland übernahm ab 1. Januar 2003 den EU-Ratsvorsitz. Unter dem Motto «Unser Europa» sollen vor allem fünf Prioritäten die griechische EU-Präsidentschaft kennzeichnen: Erweiterung, Lissaboner Prozess, Europäischer Konvent, gemeinsame Immigrationspolitik und Aussenbeziehungen. Der Bereich Energie wird unter dem Thema Lissaboner Prozess – europäische Netze behandelt. Die griechische Präsidentschaft strebt die Behandlung der Binnenmarktrichtlinie im Frühjahrsgipfel an. Die Arbeiten zu den transeuropäischen Netzen, dem Programm Intelligente Energie und zu den Biokraftstoffen sollen bis zum Energieministerrat, vorgesehen für den 14. Mai 2003, abgeschlossen werden. Weitere Themenschwerpunkte im Energiebereich stellen die Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit im Energiebereich, die Förderung der nachhaltigen Entwicklung sowie das Vorantreiben der Richtlinie zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung dar.

Rettungsbeihilfe für British Energy genehmigt

(vö) Die EU-Kommission hat die Rettungsbeihilfe der britischen Regierung für British Energy genehmigt, um dem britischen Stromerzeugungsunternehmen kurzfristig das Überleben zu sichern und die nukleare Sicherheit zu gewährleisten. Die Beihilfe ist streng auf den unbedingt notwendigen Betrag begrenzt. Generell gilt eine Höchstgrenze von 899 Mio. Pfund, zusätzlich können 276 Mio. Pfund für bestimmte unvorhergesehene Kosten bereitgestellt werden.

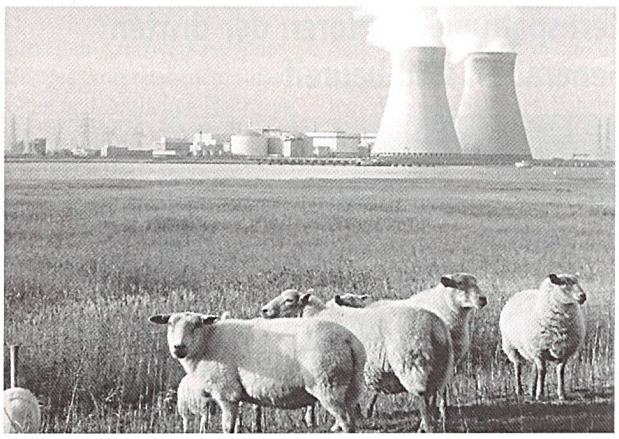
EU kann nicht auf Kernenergie verzichten

(ef) Die EU-Energiekommissarin Loyola de Palacio meinte gegenüber einer spanischen Zeitung, dass die EU sich nicht erlauben kann, auf die Kernenergie zu verzichten, weil die Gasemissionen gemindert werden müssen und es nicht zu einer Energieabhängigkeit gegenüber Drittstaaten kommen darf.

78% Kernenergie in Frankreich

(ef) Im Jahr 2002 haben die französischen Kernkrafwerke ein Total von 415,5 TWh Strom produziert, 4% mehr als im Vorjahr (die gesamte Stromproduktion stieg um 1,9% an). Der Nuklearstrom-Anteil des Landes beträgt damit 78%.

Belgisches Parlament will Kernenergie bis 2025 auslaufen lassen



Belgisches Kernkraftwerk Doel.

(e) Das belgische Parlament will die nukleare Stromerzeugung nach einem nun verabschiedeten Gesetz bis 2025 auslaufen lassen. Die Entscheidung würde zur Schliessung von sieben Kernkraftwerken der Electrabel führen.

Derzeit werden über 60% des belgischen Stroms mit Kernkraftwerken produziert. Die Strompreise würden aufgrund der Entscheidung aber nicht steigen, so das Energieministerium. Dort hofft man, die Kernenergie durch eine Kombination aus Energiesparen, neuen gasbefeuerten Anlagen und erneuerbarer Energie wie Wind, Solarenergie und Biomasse ersetzen zu können.

Der Parlamentsentscheid würde eine Begrenzung der Laufzeit der belgischen Reaktoren auf jeweils nur 40 Jahre bedeuten. Die erste Anlage würde demnach im Jahre 2014 ausser Betrieb genommen. Das Gesetz ist jedoch etwas weit von der Realität, weil die belgische Stromversorgung vorwiegend nuklear ist. Ein solcher Totalumbau der Stromversorgung kann sich der überschuldete Staat gar nicht leisten. Die Entscheide sind rein politischer Natur und ziehen keine fundierten technischen oder wirtschaftlichen Faktoren in Betracht.

Die bürgerlichen Parteien wollen deshalb nach einem eventuellen Sieg bei den Parlamentswahlen im Mai den Ausstieg wieder rückgängig machen.

EU-Konzept für die Sicherheit der Kernkraftwerke und die Abfallentsorgung

Die Kommission der EU verabschiedete am 30. Januar zwei Richtlinienvorschläge, mit denen die Europäische Union über ein gemeinsames Konzept im Bereich der Sicherheit der Kernkraftwerke und des Umgangs mit radioaktiven Abfällen verfügen wird. Frau Loyola de Palacio, Vizepräsidentin der Kommission und zuständig für Energie und Verkehr, erklärte: «Wir können zwar für die Europäische Union behaupten, über ein ausgezeichnetes Niveau der nuklearen Sicherheit zu verfügen, aber im Hinblick auf die bevorstehende Erweiterung müssen bestehende Lücken im Gemeinschaftsrecht geschlossen werden.» Die Richtlinienvorschläge werden zu einem Zeitpunkt verabschiedet, zu dem der Europäische Gerichtshof die Rechtsetzungsbefugnisse der Gemeinschaft im Bereich der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen erneut bestätigt hat.